

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Ersteinst wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ch. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pfortelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Eine merkwürdige Interessensolidarität.

r. Es ist das charakteristische Zeichen eines Egoisten, daß er in seinen glücklichen Tagen keinen anderen Menschen kennt und sich nicht darum kümmert, wie sich andere Leute durchs Leben schlagen. Wenn aber seine Glückssonne untergegangen ist und der Dalles herannahet, dann erinnert er sich plötzlich an seine „guten Freunde“, deren Unterstützung er in Anspruch nimmt. Dann schwärmt er für die gegenseitige Hilfe in Unglücksfällen und für die Interessensolidarität zwischen Mensch und Mensch — und er, der einstmal dem Grundsatz huldigte: „Erst komme ich, dann komme ich noch einmal und dann kommt ihr anderen noch lange nicht!“ entpuppt sich jetzt als Altruist vom reinsten Wasser.

Der Kapitalismus — die Verkörperung des wirtschaftlichen Egoismus — entdeckt augenblicklich, in den Zeiten der untergehenden Konjunktur, sein altruistisches Herz und wendet sich an die Interessensolidarität zwischen Unternehmern und Arbeitern. In einem Bericht der „Deutschen Arbeiterzeitung“ über die wirtschaftliche Krise in Nordamerika lesen wir folgende Sätze: „Man hat in Europa und besonders in Deutschland oft mit einem gewissen Neidgefühl auf die Vereinigten Staaten hingewiesen, weil die weltbeglückende sozialdemokratische Heilslehre hier bisher nur noch wenig Eingang gefunden hat. Tatsächlich fühlt sich der amerikanische Arbeiter in seiner großen Menge als Bürger der großen amerikanischen Republik so ausreichend wohl, daß er auf das utopische Glück, das ihm der Zukunftsstaat verheißt, gerne Verzicht leistet. Wer aber darum glauben würde, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer deshalb ein wesentlich besseres ist als in Deutschland, und daß die Arbeiterführer auch nur einen Moment lang das Wohl des Staates, der Allgemeinheit, im Auge behalten, wenn es sich um die Festsetzung der Arbeitsverhältnisse handelt, würde sich in einer argen Täuschung befinden. Niemals ist dies deutlicher zutage getreten, als eben jetzt mitten in einer finanziellen Krise, die auch der Industrie schwere Wunden schlägt. Man mag über ihre Entstehung, über ihre wahrscheinliche Dauer wie immer denken, als sicher gilt, daß sie schon seit einer Reihe von Wochen sich immer mehr auf industrielles Gebiet verbreitet, und die Frage, ob die eine oder andere „gebrochene“ Wand wieder neu organisiert und wieder ihre Tore öffnen wird, ist ganz bedeutungslos gegen die viel wichtigere Frage, ob die Zahl der industriellen Unternehmungen, die den Betrieb bereits vollständig einstellen, teils ihn nur mit wesentlich geminderten Kräften fortführen, noch steigt, oder ob die ausgeblasenen Hochöfen bald wieder angezündet, ob die Millionen zum Stillstand gebrachten Spindeln wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Man weiß, daß verhältnismäßig große Arbeiterentlassungen stattgefunden haben, zum Teil nicht so sehr wegen der Ungunst der Verhältnisse, als aus Verschulden der Arbeiter, man weiß, daß demzufolge eine Rückwanderung nach Europa eingeleitet hat, in einer Stärke, wie sie seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr konstatiert werden konnte. Man sollte nun denken, daß die gemeinsame Gefahr, die gemeinsame Bedrängnis, Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander näher bringen, daß diese versuchen würden, durch gegenseitigen Anschluß die gegenwärtige Zeit der Not leichter zu überstehen. Und man sollte meinen, daß die Arbeiterführer dafür eintreten würden, ein möglichst einträchtiges Zusammenwirken beider Faktoren zu ermöglichen.“

Hier haben wir den kapitalistischen Altruismus in Reinkultur. In den Zeiten der Hochkonjunktur, wenn das Unternehmertum Millionengewinne in die Tasche steckt, denkt es nicht im geringsten an die Arbeiter, und wenn letztere, auf die Interessensolidarität pochend, einen größeren Anteil an den Gütern und den Ertragschäften der Kultur fordern, so stellen sich die Unternehmer hartbösig und müssen erst durch ein energisches Drängen der Arbeiter gezwungen werden, eine Kleinigkeit von ihrem Riesenertrag abzugeben. Sobald aber das Geschäft flau wird, appelliert der Kapitalist

an das Mitgefühl seiner Arbeiter, um die Zeit der Not leichter überstehen zu können.

Und wodurch sollen die Arbeiter ihre Solidarität beweisen? Einfach dadurch, daß sie mit niedrigeren Löhnen zufrieden sind und in eine Lohnherabsetzung einwilligen. Wenn sie dies aber nicht wollen, so werden sie auf die Straße geworfen und bekommen obendrein noch die größten Vorwürfe. In dem erwähnten Bericht heißt es diesbezüglich: „Es muß gesagt werden, daß die Arbeiterentlassungen notwendig wurden durch die unvernünftige Weigerung der Arbeiter, in eine nicht sehr bedeutende Reduktion der Löhne einzuwilligen und sich einer 10 bis 20prozentigen Lohnreduktion zu fügen.“ Es erscheint dem Artikelschreiber als eine Kleinigkeit, daß die Arbeiter auf ein Fünftel ihres Einkommens einfach verzichteten — aus reinem Solidaritätsgefühl; den Unternehmern, den Beamten und den anderen „besseren“ Leuten mutet er ein solches „Solidaritätsgefühl“ nicht zu; die würden sich auch schönstens bedanken, ein Fünftel ihres Einkommens auf dem Altar des Allgemeinwohls zu opfern.

Aber der Artikelschreiber ist nicht so hartherzig, denn er billigt den Arbeitern mildernde Umstände zu, indem er meint:

Fragt man nun, wieso es möglich ist, daß weit über 50000 Arbeiter es vorzogen, jetzt am Beginne des Winters arbeitslos zu werden, als in eine kleine Lohnreduktion zu willigen, so ist die Antwort darauf die: Diese Arbeiter folgen dem Diktat, der Weisung ihrer „Führer“ in Washington und was diese Herren in der Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und auch in Böswilligkeit leisten können, zeigt das Benehmen des ungekrönten Arbeiterkönigs Gompers, des Präsidenten der American Federation of Labor, der größten Arbeiterunion Amerikas, wahrscheinlich auch der Welt. Gompers ist nichts weniger als ein gebildeter Mann, wahrscheinlich kennt er von Marx, Engels, Lassalle usw. nichts als die Namen, aber er genießt das unerschütterliche Vertrauen eines großen Teils der organisierten Arbeiterschaft Amerikas, und seine Ansichten waren stets von großem Einfluß auf die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten. Mit Unrecht wird ihm konservative Gesinnung nachgerühmt, vielmehr ist die Mehrzahl der Arbeiterwirren in den letzten Jahren auf sein demagogisches Wirken zurückzuführen, und mit Recht könnte er von ihnen sagen: Ich bin schlechter als mein Ruf. Wie weit sich ungeheurer Egoismus jetzt ausgebreitet, weil Gompers glaubt, durch Schädigung des Gesamtinteresses das eigene fördern zu können, ist aus der Rede zu entnehmen, die er vor einigen Tagen bei der Versammlung aller Delegierten der American Federation of Labor in Washington hielt, nachdem er abermals auf drei Jahre zum Präsidenten gewählt worden war. Es handelte sich um die Frage, wie sich die Arbeiterschaft zu den von vielen Industrien teils durchgeführten, teils geplanten Lohnreduktionen verhalten solle, und da sagte Gompers unter anderem: „Die alte nationalökonomische Schule ist im Unrecht, wenn sie den Arbeitern zuredet, einer Reduktion von Löhnen als einem Auswege aus der wirtschaftlichen Krise zuzustimmen.“

Man muß zugeben, daß Gompers, wenn er auch kein großes nationalökonomisches Kirchenlicht ist, doch mit seinem Ausspruch den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Denn in der Tat sind die Lohnreduktionen das denkbar ungeeignetste Mittel, um eine Krise zu überwinden. Bekanntlich beruht eine moderne Wirtschaftskrise auf der Überproduktion an Waren, und diese Überproduktion hat ihren Grund in der mangelhaften Kaufkraft der großen Masse des Volkes. Wenn die Arbeiter mehr Geld verdienen, könnten sie auch mehr kaufen und der Warenmarkt wäre nicht so überfüllt. Durch eine Herabsetzung der Arbeitslöhne würde also die Krise noch verschärft, anstatt gemildert, und deshalb ist es sehr vernünftig, daß die Arbeiter sich gegen jede Lohnreduktion energisch sträuben. Und mag man ihnen auch Mangel an Interessensolidarität vorwerfen, es wird sie wenig anfechten, denn auch für die Arbeiter gilt der Grundsatz: „Halte fest, was du hast; denn du kannst leicht etwas los werden, aber schwer etwas wieder gewinnen.“

## Die Gewerbeordnungsnovelle.

(Schluß.)

Der Entwurf will es auch fernerhin zulassen, daß jugendliche und weibliche Arbeiter in kleinen Betrieben unbeschränkt ausgebeutet werden können. Um jedoch die Streitigkeiten über die Frage aus der Welt zu schaffen, ob ein bestimmter Betrieb eine Fabrik ist oder nicht und ob demgemäß die besonderen Arbeiterschutzvorschriften für ihn Platz zu greifen haben, wird der Begriff „Fabrik“ ganz aus dem Titel VII der Gewerbeordnung ausgeschaltet. Die Vorschriften, die bisher nur für Fabriken galten, sollen künftig auf alle Betriebe mit mehr als 10 Arbeitern Anwendung finden. Nur die §§ 184 bis 184h, die von der Lohnverwirkung, dem Erlaß von Arbeitsordnungen und von den Arbeiteraussschlüssen handeln, bilden eine Ausnahme insofern, als ihr Geltungsbereich auf Betriebe beschränkt bleibt, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen. Dagegen sollen die Vorschriften über den Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen sowie über die Gewerbeinspektion auch für Güttenwerke, Zimmerplätze, Bauhöfe, Werften und die Werkstätten der Tabakindustrie gelten, auch dann, wenn in ihnen in der Regel weniger als 10 Arbeiter beschäftigt sind. Für Ziegeleien, Brüche und Gruben gelten diese Vorschriften, wenn in ihnen mindestens 5 Arbeiter beschäftigt sind.

Mit diesen Bestimmungen ist zwar der Kreis der Arbeiter, welche den Arbeiterschutzvorschriften unterstehen, stark erweitert worden, aber immer noch sind die Kleinbetriebe ausgenommen, obwohl gerade hier ein energischer Arbeiterschutz am dringendsten erforderlich wäre.

Die ganze sozialpolitische Initiative der Regierung ist wesentlich beeinflusst durch die Beschlüsse der internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern im Jahre 1905. Durch dieses Übereinkommen ist als Minimum des Schutzes für Arbeiterinnen die elfstündige Nachtruhe in der Zeit zwischen 10 Uhr abends und 5 Uhr morgens festgesetzt, und zwar soll sich dieser Schutz auf alle Arbeiterinnen in Betrieben mit mehr als 10 Personen erstrecken. Auf dieses Übereinkommen ist es insbesondere zurückzuführen, daß der Kreis der den Arbeiterschutzbestimmungen unterstellten Betriebe in der erwähnten Weise erweitert wurde. Im übrigen ist die Regierung ängstlich darauf bedacht, in bezug auf den Arbeiterschutz nicht weiter zu gehen, als es die Minimalvorschriften des Berner Übereinkommens verlangen. In den § 187 soll eingefügt werden, daß den Arbeiterinnen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren ist; die gleiche Vergünstigung wird in § 186 auch den jugendlichen Arbeitern gewährt, die man hinsichtlich des Schutzes nicht wohl schlechter stellen konnte als die erwachsenen weiblichen Arbeiter. Außerdem wird aber auch, und zwar vom 1. Januar 1910 ab, der zehnstündige Arbeitstag für Arbeiterinnen eingeführt, wenigstens im Prinzip. Für die Praxis sind eine Reihe von Ausnahmen vorgesehen, auf welche wir gleich zurückkommen werden.

Wenn die Regierung glaubt, sich durch die Einführung des zehnstündentags den Dank der Arbeiter verdient zu haben, dann ist sie sehr im Irrtum. Urteilt doch ein so gemäßigter Sozialpolitiker wie der Redakteur der „Sozialen Praxis“, Dr. Zimmermann, über diesen Fortschritt wie folgt: „Diese Arbeitszeitbeschränkung, die vielleicht vor fünf Jahren noch als sozialpolitische Lat begriff worden wäre, wird heute auf der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerseite meist nur noch als „Gesetzesänderung“ hingenommen werden, die auf die praktische Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in der Industrie geringen Einfluß ausüben dürfte.“ Und so ist es in der Tat. Dank der intensiven kulturfördernden Tätigkeit der Gewerkschaften ist die tägliche Arbeitszeit in den Fabriken soweit verkürzt, daß nur noch in den Betrieben verhältnismäßig weniger rückständiger Unternehmer länger als zehn Stunden täglich gearbeitet wird.

Aber gerade auf diese rückständigen Elemente im Unternehmertum nimmt die Vorlage in weitgehendem Maße Rücksicht. So soll es, „wenn besondere Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen“, auch nach dem 1. Januar 1910 mit Genehmigung des Reichskanzlers gestattet sein, die tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf 11 Stunden auszu dehnen, wenn nur 60 Stunden in der Woche nicht überschritten werden. In der Praxis dürfte das wohl dazu führen, daß die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden beträgt und der Sonnabendnachmittag freigelassen wird, soweit sich die Arbeiterinnen nicht den freien Sonnabendnachmittag bei einer kürzeren als elfstündigen Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen erkämpfen. Eine direkte Verschlechterung des bestehenden Zustandes ist die Gestattung von Überzeitarbeit

an 60 Tagen im Jahre, während solche bisher nur an 40 Tagen zulässig war. Und außerdem enthält die Vorlage eine Ermächtigung für den Bundesrat, weitere Ausnahmen von den Arbeitszeitbestimmungen zuzulassen „für Gewerbszweige, in denen die Verrichtung der Nacharbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohmaterial oder des Mißlingens von Arbeitszeugnissen dringend erforderlich erscheint“.

Wenn man die Zehnstundenvorlage der Regierung mit allen ihren Ausnahmen bei Lichte betrachtet, so kann man im Zweifel sein, ob sie überhaupt eine Verbesserung des Zustandes bringt, den jetzt die Praxis herausgebildet hat. Es ist ein recht abfälliges Urteil, welches Dr. Zimmermann in dem bereits erwähnten Artikel der „Sozialen Praxis“ über dieses Hauptstück der Gewerbeordnungs-Novelle abgibt, wenn er schreibt: „Was ist das für eine Sozialpolitik, die nicht mehr vorbeugend und wegweisend die Volksgesundheit zu fördern strebt, die nicht Auswüchse im Notfall mit einem scharfen Schnitt zu beseitigen, sondern nur das vollendete Faktum des natürlichen Selbstheilungsprozesses im Gesetzbuch zu registrieren wagt? Wenn die deutsche Industrie im Jahre 1907 noch nicht so stark und leistungsfähig ist, daß sie den Zehnstundentag, der gerade vor 60 Jahren, im Jahre 1847, in England für die Textilindustrie gesetzlich durchgeführt worden ist, vertragen kann, dann wird sie es auch in absehbarer Zeit nicht werden. Und wenn nach der amtlichen Begründung des Gesetzentwurfes „insbesondere da, wo eine zweckmäßige Ausnutzung der Maschinen es erscheinen läßt, dafür gesorgt werden muß, daß einzelnen Betrieben eine Ausnahme von der Zehnstundigen der zehnstündigen Arbeitszeit gewährt werden kann“, so ist wohl die Frage gestattet, ob diese peinliche Fürsorge, die hier der Ausnutzung der Maschine gewidmet wird, nicht mit noch besserem Recht den schonungsbedürftigen Frauen und Müttern unseres Volkes zugute kommen sollte.“ — Der so urteilt, ist kein nörgelstüchtiger Sozialdemokrat, sondern ein in seinen Forderungen recht bescheidener Sozialpolitiker. Um so vernichtender aber ist sein Urteil für den neuesten sozialpolitischen Kurs der Regierung.

Ein neues Gebiet betritt die Vorlage mit einem Versuch der Regelung der Hausarbeit, unter welcher Bezeichnung die Begriffe Hausindustrie und Heimarbeit zusammengefaßt werden. Es ist aber ein sehr schwächlicher Versuch, dessen hauptsächlichste Bedeutung darin liegt, daß dieses Problem überhaupt in Angriff genommen ist. Bisher hatte man davon abgesehen, auf gesetzgeberischem Wege gegen die Mißstände in der Hausarbeit vorzugehen, und sich auf einige Bundesratsverordnungen beschränkt, die nach dem Rezept angefertigt waren, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Sollte die Vorlage Gesetz werden, dann werden sich die Verhältnisse in der Praxis kaum wesentlich verbessern. In dem Entwurf ist wohl die Rede vom Schutz der Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, von genügendem Licht, ausreichendem Luftstrom usw. Aber es wird nicht gesagt, daß alle diese schönen Dinge in den Werkstätten der Hausarbeiter eingeführt werden müssen, sondern es bleibt den zuständigen Polizeibehörden überlassen, ob sie solche Verfügungen erlassen wollen. Charakteristisch für die Bestimmungen, die die Hausarbeit betreffen, ist es, daß in fast allen Paragraphen die Wendung: „es kann vorgeschrieben“, „es kann verordnet werden“, gebraucht wird. Die einzige Maßvorschrift betrifft die Gewährung einer angemessenen Frist für die Durchführung einer etwa erlassenen Anordnung.

Es ist ja nicht ganz unmöglich, daß innerhalb dieser den Behörden gegebenen Befugnisse sich mit der Zeit so etwas wie ein Schutz der Hausarbeiter herausbildet, aber sicher ist das keineswegs. Wer den sozialpolitischen Eifer unserer Behörden kennt, wird sich in dieser Beziehung keinen optimistischen Hoffnungen hingeben. Dabei lassen die „Räum“-Vorschriften der Vorlage wichtige Gebiete des Heimarbeiterschutzes ganz unberührt. Einen schwachen Anknüpfungspunkt zur Lösung der Lohnfrage enthält die Vorlage zwar in der Bestimmung, die es dem Bundesrat gestattet, für bestimmte Gewerbe vorzuschreiben, daß in den Räumten, in welchen Hausarbeiter Arbeit in Empfang nehmen oder abliefern, Lohnlisten angehängt werden, es bleibt aber abzuwarten, ob und in welcher Weise von dieser Befugnis Gebrauch gemacht wird. Dagegen ist von einer Unterstellung der Hausarbeiter unter die Gewerbeaufsicht, von der obligatorischen Einführung von Lohnbüchern in der Vorlage ebensowenig die Rede, wie von der Regelung der Arbeitszeit.

Zu erwähnen ist schließlich noch, daß die Vorlage, die am 1. Januar 1909 in Kraft treten soll, eine Erhöhung der Strafen für wiederholte Zuwiderhandlungen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung vorlehrt.

Betrachtet man die Vorlage im ganzen, dann muß man sagen, daß das, was sie bietet, auch den bescheidensten Anforderungen nicht genügen kann. Der Hausarbeiterschutz, den der Entwurf bringt, verdient diesen Namen nicht, und der Arbeiterschutzes begnügt sich in der Hauptsache mit der gesetzlichen Fixierung vollzogener Tatsachen. Die geringen Fortschritte aber sollen erkauft werden mit einigen Verschlechterungen des bisherigen Rechtes. Dabei will die Regierung auch jetzt noch davon absehen, wichtige Gebiete des Gewerbeschutzes, welche schon lange abänderungsbedürftig waren, einer Revision zu unterziehen. Es wird große Mühe kosten, den Entwurf so zu gestalten, daß ihn die Arbeiterschaft als einen wirklichen Fortschritt begrüßen kann. Wir sind überzeugt, daß es die Arbeitervertreter im Reichstag an Bemühungen nicht fehlen lassen werden, aber bei der Zusammenfassung des Reichstags wird man gut tun, sich keinen überschwenglichen Hoffnungen hinzugeben. Gerade die gegenwärtige Vorlage ist ein erneuter Beweis für die schon öfters beobachtete Erscheinung, daß in bezug auf

den Arbeiterschutz die Gesetzgebung den vollzogenen Tatsachen nur langsam nachhinkt. Deshalb wäre es töricht, wollten wir, um unsere Lage zu verbessern, uns ausschließlich auf die Gesetzgebung verlassen. So wichtig und notwendig die Arbeiterschutzgesetzgebung auch ist, so kann sie die gewerkschaftliche Tätigkeit nicht überflüssig machen. Die Lage der Arbeiter wird um so besser sein, je gründlicher die Gewerkschaften ausgebaut sind.

## Die Heimarbeit in der bayerischen Holzindustrie.

(Fortsetzung.)

Korbflechterei in Ober- und Unterfranken, Oberpfalz, Mittelfranken und in der Pfalz.

In der oberfränkischen Korbwarenindustrie waren im Jahre 1905 alles in allem 8189 männliche und 2691 weibliche, zusammen 5880 Arbeiter in 2464 Betrieben beschäftigt. Davon übten rund 1000 Personen die Korbmacherei als Nebenbeschäftigung aus. Hauptstapel der Korbmacherei sind die Bezirksämter Lichtenfels und Kronach und hier wieder der 2700 Einwohner zählende Marktsteden Michelau bei Lichtenfels. Lichtenfels selbst bildet den Hauptstapel- und Handelsplatz für fast alle in der Main- und Rodachgegend erzeugte Korbwaren. Auch in den Bezirksämtern Kulmbach, Staffelstein, Bamberg I und II gibt die Korbmacherei zahlreichen Personen Arbeit und Verdienst. Die hier ansässige Industrie liefert ihre Erzeugnisse in der Hauptsache an die Handelsgeschäfte in dem Markte Hirschaid.

Die Erzeugnisse der oberfränkischen Korbmacherei sind äußerst mannigfaltig. Besonders feine Ware liefert der Lichtenfeler Bezirk. In der Hirschaid Gegend wird ausschließlich die Kinderwagenfabrikation betrieben. Neben den besseren Korbwaren werden aber auch Waren einfacher Art, wie die Schanz- und Spankörbe hergestellt. Die zum Flechten benötigten Weiden werden in der Hauptsache von den Händlern aus Schlessen bezogen.

Die Weidenschälerei ist ein Zweig der Korbmacherei, der namentlich in der Lichtenfeler und Staffelsteiner Gegend, in Japsendorf, Ebenfeld usw. heimisch ist, und an der sich jung und alt beteiligt. Die Arbeit ist eine vollkommen kunstlose und kann deshalb von jedermann ausgeführt werden. Man bedient sich zum Schälern der sogenannten Klemme, das ist eine aus zwei elastischen Schenkeln bestehende Zange aus Holz oder Eisen, zwischen welche die Ruten geklemmt und durchgezogen werden. Die Rinde springt hierbei auf und läßt sich leicht entfernen. Die Schälzeit dauert von Januar bis etwa Mitte Juni. Alle drei bis vier Wochen wird die Ware abgeliefert und neuer Vorrat geholt. Bei dieser Gelegenheit erfolgt auch die Auszahlung des Lohnes. Für das Schäl Weiden werden je nach der Sortierung (man unterscheidet ungefähr ein Duzend Größen von 50 bis 220 Zentimeter Länge) 5 bis 25 Pf. gezahlt. Die Verdienste sind dementsprechend sehr verschieden; sie betragen durchschnittlich 2 Mk. pro Tag und Familie. Manche Familien erzielen täglich bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit bis 5 Mk. Die erwachsenen männlichen Familienmitglieder nehmen nur selten an dieser Arbeit teil.

Die weitere Bearbeitung der Weiden, das Spalten und Hobeln, wird von den Korbmachern selbst ausgeführt. Das Produkt wird von den Korbmachern vollständig fertiggestellt, mitunter auch garniert und verzieren. Bedingtlich das Faktoren besonderer Korbbarten wird von eigenen, von den Händlern beschäftigten Arbeitern besorgt. Das Material — Weiden, Rohr, Bast und Bastgeflecht, Garnituren und Nägel — stellt der Korbmacher, der es gegen Aufrechnung bei seinen Abnehmern entnimmt. Die Kosten des Rohmaterials — „Anwand“ — übersteigen meistens die Hälfte des Korbpreises.

Die Arbeitszeit ist in der gesamten Korbwarenindustrie eine sehr lange. Sie beträgt durchschnittlich 15 bis 16 Stunden und währt im Sommer von 5 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, im Winter von 7 Uhr morgens bis gegen 10 und 11 Uhr nachts. An den Feiertagen (Samstag ist Viefertag) wird, wenn die Lieferung drängt und am Montag „blau“ gemacht wurde, oft die ganze Nacht durchgearbeitet. Die Abrechnung und Lohnzahlung erfolgt gewöhnlich beim Liefern an den Samstagen.

Die Wochenverdienste sind sehr verschieden, je nach Geschicklichkeit und Fleiß der Arbeiter. Eine fleißige Familie (Mann und Frau) erzielt mit feinerer Arbeit 18 bis 25 Mk. wöchentlich, mit einfacherer 10 bis 12 Mk. Ältere Leute verdienen wohl auch nur 50 bis 60 Pf. pro Tag. Der Lohn der Gehilfen schwankt bei freier Station zwischen 3 bis 5 Mk. wöchentlich. Es ist jedoch eine Seltenheit, wenn fremde Personen beschäftigt werden.

Die Arbeiterinnen in der Zettlicher Flascheneinflechterei verdienen bei 17 stündiger Arbeitszeit und Verpflegung 70 Pf., die Zurrichterinnen 1 Mk. bis 1,25 Mk. täglich.

Etwas besser sind die Löhne der in der Lichtenfeler Hausindustrie beschäftigten Korbgerätereinnen, die 90 Pf. bis 1,40 Mk. Tagelohn bei elfstündiger Arbeitszeit erhalten. Ein Vergleich der Löhne und Arbeitszeiten in der Hausindustrie mit den der gleichen Industrie angehörigen Fabrikbetrieben läßt sich nur für die Verhältnisse der Industrie in der Bamberger Gegend ziehen. Die in den Hirschaid Fabriken gezahlten Wochenlöhne betragen für männliche Arbeiter 7 bis 26 Mk., für weibliche Arbeiter 6 bis 8 Mk. bei 10 bis 11 stündiger Arbeitszeit im Winter beziehungsweise Sommer. Die Löhne der einzelnen Fabrikarbeiter kommen also annähernd einer in der Hausindustrie tätigen Familie gleich.

Eine Besserung der Verdienste steht nach Ansicht der Fabrikinspektoren nicht zu erwarten. Im Gegenteil wirkt die stetige Steigerung der Rohmaterialien hemmend auf

dieselben ein. Teilweise sind auch infolge der großen Konkurrenz die Preise der Flechtwaren zurückgegangen. Während zum Beispiel früher für eine geflochtene Flasche 38 Pf. gezahlt wurden, werden jetzt nur mehr 20 Pf. bezahlt.

Durch die Entfernung des Arbeits- vom Viefertungsorte erleiden die Korbmacher „nicht geringe Verluste an Zeit und Geld“. Beim Rohmaterialienbezug von den Händlern werden sie durch letztere „vielfach“ überteuert. „Das Bestehe des Truchsystems in der Korbmacherei ist seit langem kein Geheimnis mehr. Bei den eigentümlichen Verhältnissen dieser Hausindustrie hielt es jedoch von jeher schwer, die Beteiligten gerichtlich zu belangen“, besonders weil die Heimarbeiter sich nicht als Arbeiter, sondern als dem Händler gegenüber selbständige Gewerbetreibende betrachten. Die Gerichte teilen jedoch diese Auffassung nicht, sondern erachten die Korbmacher als wirtschaftlich von ihren Vieferranten abhängige Stückarbeiter, die den einschlägigen Bestimmungen der Gewerbeordnung unterliegen. Viele der Korbhändler besitzen zugleich einen Spezereiladen, in welchem die Heimarbeiter wohl oder übel genötigt sind, ihren Bedarf zu decken. Im Jahre 1904 und 1905 wurden neun Korbwarenhändler zu Geldstrafen in Höhe bis 200 Mk. verurteilt, weil sie ihren Heimarbeitern Waren, insbesondere Lebensmittel, zu einem dem ortsüblichen übersteigenden Preise und Korbwarenmateriale zu einem höheren als zum Betrag der Anschaffungskosten verabsolgt hatten. Das Urteil wurde vom Reichsgericht bestätigt.

Um ein Gegengewicht gegen Preis- und Lohnrückgang und sonstige Überteuertung der Händler zu bilden, besonders hinsichtlich des Truchsystems, haben sich Korbmachergenossenschaften gebildet, die wiederum in dem Korbmachereigewerbeverband für Franken und Sachsen-Coburg mit dem Sitz in Michelau zusammengeschlossen sind. Ein abschließendes Urteil über diese Genossenschaften ist jetzt noch nicht möglich.

Die Kinderarbeit ist in der eigentlichen Korbmacherei nicht sonderlich ausgebreitet. Das wird teils auf die Schwere der Arbeit, teils auf die notwendige Handfertigkeit und Geschicklichkeit bei derselben zurückgeführt. Die Mithilfe der Kinder beschränkt sich auf leichte Vorbereitungs- und Vollendungsarbeiten, bei Herstellung kleinerer Ringe, Nährkörbchen, Gendel usw., wo sie sich sehr geschickt erweisen. Ziemlich umfangreich ist die Beschäftigung von Kindern beim Weidenschälern, Weidensfortieren und in der Strohflechterei. Bei letzterer werden Kinder oft schon vom dritten Lebensjahr ab mit Verfertigen sogenannter „Wische“ beschäftigt.

Als Arbeitsstätte dient dem Korbmacher ausschließlich das Wohnzimmer, das zugleich auch als Küche und Schlafzimmer benutzt wird. Unter diesen Umständen ist es klar, daß die Wohnungsverhältnisse nicht immer die besten sind. In Johannistal bei Kronach, dessen Einwohner fast ausschließlich von der Korbmacherei leben, entfallen auf 472 Einwohner nur 46 kleine, nur mit Erdgeschos versehene Häuschen. 25 Haushaltungen haben nur je 1 Zimmer ohne Nebenraum, 28 Haushaltungen haben 1 Zimmer und 1 Kammer. Die Zimmer messen 9 bis 15 Quadratmeter in der Fläche, 2 bis 2 1/4 Meter in der Höhe. Die Kammern sind 4 bis 12 Quadratmeter groß und 2 bis 2 1/2 Meter hoch. Von den 53 Haushaltungen bestehen 24 aus 6 und mehr Köpfen (bis zu 11). Eine Trennung nach Geschlechtern und Altersstufen ist selbstverständlich nicht möglich. Ausgiebige Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ist zurzeit mit staatlicher Unterstützung im Werke.

Im Lichtenfeler Bezirk sind die Wohnungsverhältnisse bessere. Hier besitzt der größte Teil der Korbmacher eigene, wenn auch kleine Häuschen, die sie meist sehr sauber halten. Der in jener Gegend übliche Mietpreis beträgt für 1 Zimmer mit Dachboden 30 bis 50 Mk., für eine Wohnung mit 3 Zimmern bis 70 Mk.

Ein unzulässiger Einfluß der Korbmacherei auf die gesundheitlichen Verhältnisse der Heimarbeiter macht sich nach Ansicht der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht geltend; auch werden typische gewerbliche Erkrankungen unter den Korbmachern nicht beobachtet. An und für sich ist jedoch der stete Aufenthalt in einem Raume, der auch zum Kochen und Schlafen benützt wird, der Gesundheit abträglich.

In Unterfranken werden 300 Personen hauptsächlich mit Verfertigung von Waschkörben, in Mittelfranken 100 Personen hauptsächlich mit Kinderwagenproduktion hausindustriell beschäftigt; die Verhältnisse liegen in diesen Bezirken wie auch in der Oberpfalz, wo vorwiegend nur während der Wintermonate etwa 120 Personen die Korbflechterei ausüben, ähnlich wie in Oberfranken. Bedeutender ist die Korbwarenindustrie in der Pfalz; sie hat hier ihren Sitz vornehmlich in den Orten Neupfaff und Seimersheim, Schaidt und Steinfeld; auch in Otterstadt, Wörth a. Rh. und anderen Orten kommen vereinzelt Korbmacher vor. Sämtliche Orte liegen in fruchtbaren Gegenden; meist haben die Heimarbeiter selbst etwas Sandbesitz, vielfach auch eigene Wohnung. Die Rohmaterialien, Weiden und Rohr, werden von den Unternehmern zum Selbstkostenpreis abgegeben, die Weiden zum Teil auch selbst gebaut oder von Franzosen gekauft. Neben einheimischen Weiden kommen drucksächsische und ungarische zur Verarbeitung. Insgesamt befaßt sich mit Korbflechterei etwa 500 Personen, worunter vielleicht 100 selbständige Hausgewerbetreibende, welche für ihre eigene Rechnung arbeiten.

Hergestellt werden vornehmlich sogenannte grüne oder graue Weidenkörbe aus geschälten Weiden, ferner Reiskörbe, Markt- und Waschkörbe und sonstige Korbwaren. Einige Zutaten, wie Gendel, Strohlizen usw., werden als Halbfabrikate von Lichtenfels bezogen. Mit Körben aus ungeschälten Weiden, die vorzugsweise gemacht werden, können angeblich jetzt 4 bis 7 Mk. im Tag bei allerdings mehr als zwölfstündiger Arbeitszeit — ausnahmsweise — verdient

werden; Tagesverdienste von 8 Mk. seien schon selten. Bei besseren Arbeiten werde im Durchschnitt nur 1,70 bis 2 Mk. täglich bei zehn- bis zwölfstündiger Arbeitszeit verdient. Größere Einnahmen sind in der Regel auf längere als zwölfstündige Arbeitszeit zurückzuführen. Beim Schälen der Weiden werden alle verfügbaren Arbeitskräfte, auch Kinder, verwendet. Das Flechten der Körbe selbst ist vorwiegend Männerarbeit; die Frauen befassen sich mehr mit Nebenarbeiten; Knaben wurden früher schon in jungen Jahren in geringem Umfang zum Flechten angehalten; nunmehr finden sie vom 12. Lebensjahr bei der Anfertigung von Deckeln Verwendung.

Etwas ein Drittel der Korbmacher besitzt besondere, von den Wohnräumen getrennte Arbeitsstätten; bei den übrigen muß der oft beschränkte Wohn- und Schlafraum zugleich als Werkstatt dienen, in welchen Fällen einzelne recht ungünstige Verhältnisse angetroffen wurden.

Bis vor etwa 12 Jahren beschäftigte der bedeutendste Korbhändler in Neupoh die Arbeiter in großen Fabrikräumen, ist aber zur Kostenersparnis (!) davon abgekommen, und es ist aus dem angeführten Grunde an eine Zurückverlegung in Werkstätten vorerst nicht zu denken.

(Schluß folgt.)

### Aus der Saiteninstrumentenindustrie von Markneukirchen und Umgebung.

a. s. Einen Triumph haben sie erlebt, die Herren von der Kunst der Saiteninstrumentenindustrie. Der fremde Eindringling, der monatelang alle Gemüter in Aufregung hielt, ist zu Kreuze getrocknet. Schon in Nr. 85 der „Solzarbeiter-Zeitung“ wurde erwähnt, es scheine nicht ausgeschlossen, daß das amerikanische Unternehmen aus Markneukirchen vertrieben werde. Bereits beim Erscheinen der betreffenden Nummer war diese Vermutung zur Tatsache geworden. Das Unternehmen wurde nach Adorf verlegt, woselbst die Stadtverwaltung ein großes Entgegenkommen gezeigt hatte. Doch auch hier blieb das Geschäft von den Angriffen der Markneukirchner nicht verschont. Fast täglich erschienen in den Zeitungen Notizen, welche sich gegen die Firma richteten und besonders betonten, daß das Geschäft die versprochenen Löhne nicht zahle. Selbst die in Nr. 241 des „Grenzboten“ in Adorf erschienene öffentliche Erklärung des Bürgermeisters von Adorf, daß er die Lohnlisten eingesehen und dabei festgestellt habe, daß keine Herabsetzung der Löhne, sondern in verschiedenen Fällen sogar eine Erhöhung derselben stattgefunden habe, schützte die Firma nicht vor weiteren Angriffen.

Doch es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Sache des Unternehmers zu vertreten, uns ist es ganz gleichgültig, was aus einem Unternehmen wird und wer den Arbeiter ausnützt. Schon während des Streites haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß das Unternehmen nicht aus Liebe zu den Arbeitern ins Leben gerufen wurde, sondern lediglich um Profite für den Unternehmer zu bringen. Was bei diesem Vorgang aber auch von uns nicht außer acht gelassen werden kann, das ist die bedauerliche Charakter Schwäche bei einem Teil der Angehörigen der Saiteninstrumentenindustrie. Von den verschiedensten Beweisen hierfür diene für dieses Mal nur ein Inserat in einer Markneukirchner Zeitung. Es lautet:

„Selbständiger Geigenmacher, verheiratet, treudeutscher Wähler, sucht Arbeit in neuen Geigen oder Reparaturen, um nicht nach Adorf zu müssen, und bittet, einen durchaus Würdigen zu unterstützen durch dauernde Überweisung geschätzter Aufträge usw.“

Die Firma ist, soweit bis jetzt in der Öffentlichkeit bekannt geworden, ebenfalls in der Hauptsache zur Heimarbeit übergegangen. Daraus glauben die Sieger schließen zu können, daß nunmehr die bisherige Produktionsweise für alle Zeiten erhalten bleiben werde. Daß diese Annahme eine falsche ist, wird mancher vielleicht zu spät einsehen. Für den aufmerksamen Beobachter ist es kein Geheimnis, selbst wenn die verschiedensten Versuche bisher fehlgeschlagen sind, daß eine Umgestaltung der Produktionsweise bevorsteht. Mag diese Umgestaltung an sich einend nicht in derselben Geschwindigkeit vor sich gehen wie in anderen Industrien, zu verhindern ist sie auf die Dauer jedoch nicht.

Wer von den Meistern und Arbeitern hätte vor drei bis vier Jahren geglaubt, daß es möglich sei, eine Fabrik wie die Aktiengesellschaft zu errichten, welche sich mit der Fabrikation von Schachteln und Hülsen befaßt. Ebensovienig würde man es für möglich gehalten haben, daß hierbei weibliche Arbeitskräfte in so verhältnismäßig großer Zahl verwendet werden würden. Allerdings soll, wie wir schon früher erwähnten, dieses Unternehmen den Zweck haben, Markneukirchen, welches bisher den Bedarf an den genannten Bestandteilen zum großen Teil aus dem nahen böhmischen Städtchen Schönbach bezog, von dort unabhängig zu machen. Für die Entwicklung der Produktion bleibt es jedoch ganz gleichgültig, ob hiervon zunächst die Produzenten des einen Landes mehr betroffen werden wie die des anderen. Die Hauptsache bleibt immer, daß dasselbe Quantum Arbeit, woran vor wenigen Jahren noch viele kleine Hausgewerbetreibende mit ihren Angehörigen arbeiteten, heute von verhältnismäßig wenigen Arbeitern und Arbeiterinnen in einer modernen Fabrik unter Anwendung von vorzüglichsten Maschinen hergestellt wird. Nun sucht und findet ein Teil der hiesigen Meister und auch Arbeiter Trost in der Behauptung, daß die Herstellungskosten in dieser Fabrik höhere seien als wie bei der Hausarbeit. Wir können diese Behauptung noch nicht auf ihre Richtigkeit prüfen, doch selbst wenn dies vorläufig zutreffen sollte, ist damit noch gar

nichts gegen die Umgestaltung der Produktionsweise bewiesen. Es darf hierbei nicht außer acht gelassen werden, daß die Aktionäre dieser Fabrik Händler und Großhändler aus Markneukirchen sind, die bisher mit den Erzeugnissen der hiesigen Instrumentenindustrie einen schwunghaften Handel getrieben haben, und die es auch zweifellos verstehen werden, aus dem Unternehmen ihren Vorteil herauszuschlagen, zumal wenn es ihnen erst gelungen ist, einen Stamm Arbeiter heranzubilden.

Aber auch in anderer Weise macht sich die Umgestaltung mehr und mehr bemerkbar. Neben den kleinen Meistern nimmt die Zahl der Arbeiter, welche in größeren Werkstätten mit 20, 30 und mehr Arbeitern arbeiten, langsam, aber ständig zu. Gar mancher dieser Arbeiter wird ebenso, wie vor Jahrzehnten die Arbeiter in anderen Handwerken, die Hoffnung, einstmals selbständiger Meister zu werden, für immer begraben müssen. Dabei werden ja viele nichts zu verlieren haben, denn wie schon früher erwähnt, ist die wirtschaftliche Lage vieler sogenannter selbstständigen Handwerksmeister eine geradezu elende zu nennen.

Es liegt uns vollständig fern, zu behaupten, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen größeren Werkstätten auch nur annähernd befriedigende sind. Mit welcher Raffinerie auch hier die Arbeiter ausgebeutet werden, zeigt folgender Fall. Die Weltfirma Gebr. Schuster hat es verstanden, sich im Laufe der Jahre einige Millionen zu ersparen; neben ihrem Exportgeschäft beschäftigt sie in ihrer eigenen Werkstatt eine größere Anzahl Arbeiter mit der Herstellung von Mandolinen und Gitarren. Die Stundenlöhne betragen bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 65 Stunden 17 bis 27 Pf. Im vorigen Frühjahr verlangte ein Teil der Arbeiter eine Lohnerhöhung. Nach langem Bamentieren des Herrn Geschäftsführers erklärte der Herr den Arbeitern folgendes: Am 1. April erhält jeder einen ganzen Pfennig pro Stunde mehr, am 1. Juli wiederum einen ganzen Pfennig pro Stunde; dieser letzte Pfennig wird aber nicht ausbezahlt, sondern bleibt fünf Jahre stehen. Die Arbeiter machten wohl dumme Gesichter, aber wie die hiesigen Arbeiter zu jedem Widerstand unfähig sind, so nahmen sie auch dieses ohne Einspruch hin. Wer von den Arbeitern es vorzieht, seine Arbeitsstätte zu wechseln, ist bis dahin auch des Juli-Pfennigs verlustig gegangen.

In letzter Zeit versucht der Geschäftsleiter etwaigen Lohnforderungen dadurch zu begegnen, daß er Akkordarbeit einzuführen versucht. Hierbei soll so verfahren werden, daß der Arbeiter, wenn er ein bestimmtes Quantum Arbeit in einer bestimmten Zeit fertigstellt, auf den bestehenden Preis ein prozentualer Zuschlag erfolgt. Offenbar hat es der Herr darauf abgesehen, das Prämiensystem, wie es jenseits des Ozeans verschiedentlich üblich ist, in etwas verhungter Form hier einzuführen. Es ist fraglich, ob die hiesige Arbeiterschaft aus diesen Vorgängen die richtigen Lehren zu ziehen versteht; nach den bisherigen Erfahrungen kann man wohl, wenigstens soweit die große Masse der Arbeiter in Frage kommt, daran zweifeln. Nirgends wird aber auch seitens der Unternehmer ein solcher Terrorismus gegenüber denjenigen Arbeitern, welche zu der Einsicht kommen, daß es notwendig ist, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen, geübt wie hier. Bei der angeborenen Furchtsamkeit der hiesigen Arbeiterschaft gegenüber ihren bisherigen Herren ist es daher nicht zu verwundern, wenn dieser Terrorismus zum größten Teil ohne Widerstand erduldet wird. Die Herren Fabrikanten und Händler aber wissen auch, daß sie nur durch skrupellose Anwendung dieses Terrorismus ihre unbeschränkte Herrschaft über die hiesige arbeitende Bevölkerung aufrechterhalten können.

Zu diesen Bemerkungen haben sie vor diesem noch so verweilenden Blatte u.ä. So veria in der von dem hiesigen Ableger des Reichsverbandes arrangierten letzten öffentlichen Versammlung Herr Fabrikant Ernst Paulus die Namen von 17 in der hiesigen Arbeiterbewegung tätigen Personen. Zu welchem Zweck dieses geschah, darüber braucht man kein Wort zu verlieren; so viel aber ist sicher, würden seitens der Arbeiter ähnliche Kampfmittel angewandt, die hiesigen sowie die gesamten bürgerlichen Blätter des Vogtlandes, die gewissenhaft jeden angeblichen Terrorismusfall, der von den organisierten Arbeitern in irgend einem Winkel Deutschlands und auch darüber hinaus geübt worden sein soll, würden ihn ihren Lesern schön zurechtgestuft vorführen, sich nicht wieder so leicht beruhigen und mit aller Energie gefühlige Maßnahmen gegen solche Kampfweise verlangen. In diesem Falle hat man in allen diesen Blättern nichts von einer moralischen Empörung gemerkt.

Doch trotz all dieser Unterdrückungsversuche, trotzdem man es den Arbeitern unmöglich macht, in der Stadt ein Versammlungslokal zu erhalten, wird es nicht gelingen, die Organisationen hier wieder zu verdrängen. Wenn es auch vorläufig nur äußerst langsam vorwärtsgelht, ja wenn auch manchmal ein von uns errungener Erfolg uns wieder freitig gemacht wird. Kommt es doch nicht selten vor, daß man Personen aus Arbeiterkreisen, von denen die Arbeitgeber wissen oder es auch nur vermuten, daß sie zu unserer Sache neigen, zu kaufen versucht durch Lohnzulagen usw. Unserem Vorkampf wird man wohl viele Hindernisse in den Weg legen, aber verhindern wird man ihn nicht können. — Schon machen sich auch bei uns die Anzeichen der wirtschaftlichen Krisis geltend; tritt dieselbe auch noch nicht in der Schärfe wie in anderen Industrien auf, so ist doch im Vergleich zu den früheren Jahren eine merkliche Stille in dem Geschäftsgang zu verspüren. In Verbindung mit der weiteren technischen und maschinellen Entwicklung, der Konzentrierung der Arbeiter und Arbeiterinnen in größeren und großen Betrieben wird auch die Entwicklung unserer Organisation vor sich gehen.

### Berliner Luxusmöbelbranche.

Wohl in keiner anderen Branche innerhalb der Tischlerei ist in den letzten Jahren solcher Aufschwung zu verzeichnen gewesen, wie in der der Luxusmöbel. Es kann mit vollem Recht behauptet werden, daß dieser Aufschwung es dahin gebracht hat, eine totale Veränderung dieser Branche herbeizuführen, so daß uns hier eine fast vollkommen neue Industrie entgegentritt. Der Grund hierzu ist meines Erachtens sehr leicht zu erkennen.

Als seinerzeit mit dem Aufkommen des Jugendstiles die Erzeugnisse der Tischlerei von allem Zierrat, den bisher die Drechslerei und Bildhauerei lieferten, befreit wurden, als deshalb diese Möbel in ihrer oft primitiven Einfachheit nicht mehr die maßige, dekorative Wirkung in unseren Wohnungen erzielen, konnte man wahrnehmen, daß die Wohnungsausstattungen dahin ergänzt wurden, daß kleine Schränke, Ständer, Tischchen usw. angefertigt wurden, die dazu bestimmt waren, die frei gewordenen Flächen und Ecken der Wohnräume auszufüllen, dieselben traulicher zu gestalten.

Daß diese Absicht in vollem Maße gelungen war, beweist, daß nicht nur die bestehenden Werkstätten auf Kleinmöbel sich vergrößerten, sondern daß ein großer Teil neue Werkstätten, die nur moderne Kleinmöbel anfertigten, hinzukamen. Anfangs waren es noch die besseren Betriebe, welche vorkommendenfalls einzelne Kleinmöbel mitmachten. Im Laufe der Zeit jedoch muß diesen Meistern, die meist nach Zeichnung arbeiten ließen, die Herstellung der Luxusware nicht lukrativ genug gewesen sein. Es bildeten sich dann, wie schon erwähnt, die Spezialwerkstätten für Luxusmöbel. Die Produktion in diesen Betrieben wuchs ganz gewaltig, und es ist nicht zu viel behauptet, daß Berlin als Hauptort in diesem Artikel den deutschen, wenn nicht sogar den europäischen Markt beherrscht.

Zu erwähnen ist, daß die ersten Luxusbetriebe sich aus den bestehenden Galanteriewerkstätten rekrutierten. Die Anfertigung der Kleinmöbel brachte in diesen Werkstätten eine totale Umwälzung hervor. Wo früher in der Mehrzahl Drechsler beschäftigt wurden, traten an ihre Stelle jetzt vornehmlich Tischler und Möbelpolierer. Aus den einstigen Drechlermeistern wurden über Nacht Tischlermeister.

Der Stil dieser Kleinmöbel, der sich meist dem Jugendstil anpaßte, ließ die Drechslerei fast verschwinden. In den letzten zwei Jahren jedoch hat sich aber insofern eine erfreuliche Änderung vollzogen, als mehr wie bisher wieder Drechslerei verwendet wird. Natürlich nicht in dem Maße, wie es früher der Fall war. Die Tatsache aber stellt fest, daß sich an den Möbeln moderner Stilarten Drechslerei, die ja fast ganz ausgeschaltet war, ganz gut anbringen läßt. Es wäre wirklich zu hoffen, daß unsere Möbelzeichner auch bei anderen Möbeln mehr als bisher gedrehte Arbeit vorsehen möchten, um so dem Asehenputtel „Drechslerei“ wieder den Platz einzuräumen, der ihr zukommt und den sie früher besaß.

Sehr mannigfaltig sind die Artikel, die aus den Luxuswerkstätten hervorgehen. Neben Salonstühlen und Staffeleien findet man Palmen- und Büstenständer, die verschiedensten Tischchen und Stimmöbel neben Stageren und Blumentrippen und vieles andere. Neben viel Gutem begegnet man auch leider Duzendware. Ein Gang durch die Auslagen unserer Warenhäuser zeigt uns diese Möbel in oft desolatem Zustand.

Der Geschmack des Publikums wird aber befriedigt. Will letzteres doch vor allen Dingen billig kaufen, ohne auf die Qualität der Ware großes Gewicht zu legen. Leider!

Mit Bestimmtheit ist auszusprechen, daß die Branche in ihrer Vielseitigkeit noch lange nicht am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist; vielmehr ist anzunehmen, daß immer noch neue Arten von Möbeln angefertigt werden. Die Phantasie der Zeichner kann hier ordentlich austoben.

Schon jetzt ist zu bemerken, daß viele der angefertigten Gegenstände oft recht bizarre Formen zeigen, die wenig guten Geschmack verraten. Auf der anderen Seite jedoch zeigt sich das Bestreben, den guten Einfluß, den das moderne Kunstgewerbe ausübt, bei der Herstellung der Kleinmöbel zur Geltung zu bringen. Wir finden deshalb ein ganz Teil Werkstätten, wo kein Schund, sondern ganz annehmbare Arbeiten angefertigt werden. Die Konkurrenz bringt in jedem Halbjahr immer neue Muster auf den Markt, die Folge davon war, daß sich die Saisonarbeit immer mehr einbürgerte, sehr zum Schaden der beschäftigten Arbeiter. Während Januar und Februar recht stiller Geschäftsgang ist und im Juni bis August meistens an neuen Mustern gearbeitet wird, finden wir in der übrigen Zeit die Betriebe gefüllt, wobei dann unsere Kollegen leider die regelmäßige Arbeitszeit nicht innehalten. In einzelnen Werkstätten ist es aber gelungen, diesen Mißstand, den die Saisonarbeit und die Laune der Kollegen verschuldet, einigermaßen zu beseitigen.

Beschäftigt werden in der Branche ungefähr 400 Kollegen. Zwei Drittel sind Tischler, dann folgen Möbelpolierer, Maschinenarbeiter und Drechsler. Bildhauer findet man nur in 2 bis 3 Werkstätten. Die Organisation ist keine gute zu nennen, deshalb ist die Lage der Kollegen keine glänzende. Umfragen haben ergeben, daß die Löhne lange nicht die Höhe erreichen, die sonst in Berlin in den Branchen der Tischlerei üblich sind. Verschwiegen kann aber nicht werden, daß sich in den verschiedensten Werkstätten einzelne Kollegen vorfinden, die jahraus jahrein immer denselben Artikel anfertigen und hierbei hohe Verdienste erzielen. Leider sind es gerade diese „Kollegen“, welche für den Verband nicht zu haben sind. Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeitet in Lohn- Stundenlöhne von 50 bis 60 Pf., sind am häufigsten, seltener begegnet man solchen von 65 bis 70 Pf. Letztere

sind aber erst durch Lohnbewegungen, die in den meisten Betrieben erfolgreich waren, erzielt worden.

Gegen die Lohnarbeit wollen die Arbeitgeber der Branche mobil machen. In einer ihrer letzten Versammlungen wurde ein dahingehender Beschluß gefaßt. An unseren Kollegen muß es liegen, alle Vorstöße gegen die Lohnarbeit sofort der Agitationskommission zu melden. Die Art der Fabrikation bringt es mit sich, daß die Lohnarbeit gerade hier durchaus angebracht ist. Ein großer Teil der Kollegen arbeitet nur Teilarbeit. Zur Fertigstellung eines Artikels sind immer mehrere Kollegen beschäftigt. Große Posten werden in den wenigsten Werkstätten vorgegeben.

Kredite können diese Kleinmeister und oft auch Besitzer größerer Betriebe nicht gewähren; sie sind gezwungen, an die Magazine und Exporteure, die den Hauptverdienst einheimen, wöchentlich gegen bar zu liefern.

Erwähnt wurde schon, daß Teilarbeit vorherrschend ist. Diese bringt es leider mit sich, daß viele kleine Arbeiten, wie Filze hobeln, Platten abpuzen usw., Heimarbeit geworden ist. In der Saison und auch sonst begegnet man in den Zeitungen Annoncen, die Heimarbeit ausbieten. Da hier jede Vorschrift über Arbeitszeit fehlt, jede Küche als Arbeitsraum gebraucht wird, liegt es auf der Hand, daß sehr billig geklestert werden kann. Ein Krebschaden für die Branche, der schwer auf derselben lastet. Vielleicht schafft das von der Regierung „vorbereitete“ Heimarbeiterschutzgesetz Remedur, indem es die Arbeitszeit der Heimarbeiter regelt; viel ist aber wohl nicht zu hoffen.

Die Agitation in der Branche leistet vorläufig die Kontrollkommission der Drechler. Dieselbe ist eine ungemein schwierige und sind die bisher erzielten Erfolge sehr minimale. Früher unterstanden diese Werkstätten der Leitung der Tischlerkommission, später wurde jedoch eine vollkommen neue, aus den verschiedensten Branchen zusammengesetzte Kommission gebildet, die, wie gesagt, mit der Drechlerkommission zusammenarbeitete, wie es früher schon mit Erfolg in den Treppengeländerfabriken der Fall war.

Ist es auch, wie schon gesagt wurde, sehr schwer, in der Branche festen Fuß zu fassen, so darf doch nichts unversucht gelassen werden, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Agitation weiter zu betreiben. Es mag zutreffen, daß ein Teil unserer Kollegen es nicht für ganz richtig hält, daß die Drechlerkommission vorläufig die Agitation leitet, jedoch sollen diese Kollegen, anstatt zu nörgeln, lieber selber mit Hand ans Werk legen und tüchtig mithelfen. Ist erst die Branche so organisiert, daß ihr eine eigene Vertretung in der Ortsverwaltung zukommt, so wird die Leitung der Drechlerkommission die erste sein, die diese Bestrebungen unterstützt. Aber bis dahin ist noch viel Arbeit zu tun. Möge erst jeder Kollege selbst Agitator sein, dann kann man auch der früher so über die Achsel angesehenen Duryusbranche eine gute Zukunft prophezeien. H. R.

Bericht der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

Wenn man den Blick auf das verfloßene Jahr richtet, so muß man sich sagen, daß es für Tausende von Kollegen ein Jahr des Kampfes im vollsten Sinne des Wortes war. Doch muß man gefehen, daß dies für unseren Beruf in keiner Weise zutreffend ist; hier zeigen sich von einer Kampfesstimmung nur ganz vereinzelte Symptome, im großen und ganzen nur Interessellosigkeit. Bei der äußerst günstigen Geschäftskonjunktur, welche im vergangenen Jahre in unserer Branche vorherrschend war, hätten sich ganz andere Erfolge erzielen lassen, als es der Fall war. Wenn man auch zugeben muß, daß in einzelnen Jahrläufen das Interesse für die Organisation ein etwas regeres war und eine Anzahl indifferenten Kollegen und Kolleginnen gewonnen wurde, so bedeutet das für unseren Beruf bei der großen Masse, welche noch außerhalb unserer Reihen steht, im allgemeinen keinen Fortschritt.

Wenn man die traurigen Verhältnisse, in denen der überwiegende Teil unserer Kollegen lebt, betrachtet, so muß man sich geradezu wundern, daß bisher so viel Arbeit und Mühe vergebens war, dieselben für die Organisation zu gewinnen. Zum Teil ist es wohl erklärlich, da es manchem Kollegen infolge der traurigen Verhältnisse unmöglich ist, den für ihn etwas hohen Beitrag zu leisten. Aber trotzdem muß es immer wieder versucht werden, dort Aufklärung zu verbreiten, selbst wenn es mit größerem Aufwand von Zeit und Geld verbunden ist. Wir sind stets bereit, helfend mit einzugreifen, soweit unsere Befugnisse, welche uns vom Vorstand eingeräumt sind, dies erlauben.

Die Zentralkommission war bestrebt, im Berichtsjahr eine ganze Anzahl von den Anträgen, welche auf unserer Konferenz angenommen wurden, zu verwirklichen. Zu diesem Zweck setzte sich die Kommission im März vorigen Jahres mit dem Vorstand ins Benehmen, die Mittel zu gewähren zur Herstellung einer Agitationsbroschüre, welche in kurzen Zügen die für unsere Kollegen so gefährlichen Mißbrand-erkrankungen und deren Folgen behandelt.

Die Kommission verarbeitete das angesammelte Material und übersandte Anfang November den Entwurf dem Vorstand zur Begutachtung und Drucklegung. Wenn die Fertigstellung der Broschüre so lange Zeit in Anspruch nahm, so muß in Betracht gezogen werden, daß diese Arbeit gewissenhaft ausgeführt werden mußte und überdies nach Feierabend oder Sonntags fertiggestellt wurde. Des Weiteren setzte sich die Kommission mit einer Anzahl Kollegen in Verbindung, um den auf der Konferenz gefaßten Antrag, die Agitation durch Berufslogen zu fördern, auszuführen. Wir übermittelten die Vorschläge denjenigen Kollegen, welche sich bereit erklärten, dem Vorstand, welcher bisher allerdings erst einen Kollegen dazu berufen hat.

Ferner wurde Stellung genommen zu einem der wichtigsten Punkte, welche die Konferenz angenommen hatte. Es betrifft das die Änderung beziehungsweise Ergänzung der

Bundesratsvorschriften in der Weise, daß die Desinfektion auch auf das inländische Material sowie die § 10 bis 17 der Vorschriften, welche nur Bezug auf die größeren Betriebe haben, auch auf die Kleinbetriebe auszudehnen. Außerdem noch auf einen der Hauptpunkte, daß die Bundesratsvorschriften auch auf die Heimarbeit Anwendung finden sollen.

In einer am 1. Dezember v. J. von der Zentralkommission einberufenen, äußerst zahlreich besuchten Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Mißbrand-erkrankungen und die notwendige Ergänzung der Bundesratsvorschriften“ stimmten die Versammelten einstimmig einer Resolution zu, welche obige Änderungen verlangte (siehe Nr. 51 der Holzarbeiter-Zeitung). Dieselbe wurde mit einer ausführlichen Begründung an den Reichskanzler, Kaiserliches Gesundheitsamt usw. abgesandt.

Zur Erledigung der Beratungsgegenstände der Zentralkommission fanden 8 Sitzungen sowie einige Besprechungen mit verschiedenen Personen statt. Zur Erledigung der Korrespondenz mußten 50 Briefe und Karten abgesandt werden, während 88 Zuschriften in Einlauf kamen.

Werte Kollegen, das wäre so in kurzen Zügen dasjenige, was wir erledigt haben. Es gilt nun, dahin zu wirken, daß mehr und mehr Aufklärung unter unsere noch fernstehenden Kollegen getragen wird, daß speziell über die Ergänzung der Bundesratsvorschriften die Mitglieder- und Werkstättenversammlungen dazu benützt werden, um die Kollegen mit dieser Materie vertrauter zu machen.

Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, dort, wo es die Mitgliederzahl erlaubt, Sektionen zu gründen, in welchen unsere Berufsangelegenheiten besser besprochen werden können. Bei der großen Anzahl indifferenter Kollegen ist es unbedingt notwendig, daß ein jeder organisierte Kollege es sich zum Ziele setzt, mitzuarbeiten, damit es gelingt, die Organisation so zu stärken, daß die Lage der Arbeiter innerhalb unserer Branche gebessert werden kann.

Zugleich möchte ich noch bemerken, daß die Agitation wirksamer betrieben werden kann durch Betriebsversammlungen als durch große Versammlungen. Wenn auch diese Arbeit mühevoller ist, so dürfen wir nicht zurückschrecken. Die Zentralkommission ist stets bereit, mit Rat und Tat einzugreifen, soweit sie dazu in der Lage ist. So schwierig die Agitation innerhalb unseres Berufes auch ist, so darf uns nichts abschrecken. Mit frischer Kraft muß im neuen Jahre eingesezt werden, um hier Besserung zu schaffen. Es ist nicht zu verkennen, daß durch den großen Umfang der Heimarbeit und der Kleinbetriebe die Agitation erschwert ist, aber durch die im Bericht erwähnten Vorschläge dürfte ein Vorwärtsschreiten zu erzielen sein. Kollegen, wenn es möglich war, durch eine gute Organisation in Nürnberg, München usw. bessere Verhältnisse zu schaffen, Arbeitszeitverkürzung, Lohnverbesserung usw. zu erringen, so muß es auch gelingen in denjenigen Orten, wo unsere Kollegen noch in ganz elenden Verhältnissen schmachten.

Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, so wird der Erfolg nicht ausbleiben, es wird und muß die Zeit kommen, wo sich die Kollegen sagen: „Es war ein steiniger Boden zu bearbeiten, es war eine mühevollle Arbeit, aber sie hat reiche Früchte getragen.“ J. A. Konrad Gugler.

Soziales.

Landflucht.

□ Immerfort ertönt das Klageglocke der Agrarier von der Flucht der Arbeiter in die gefährlichen Großstädte. Sogar die Berichte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften stimmen jetzt in die Klage ein. So bemerkt der Bericht der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für „Niederbayern“: „Jugendliche und weibliche Arbeiter werden an den Maschinen sehr häufig verwendet. Dies kommt daher, daß der Landwirt erwachsenen männlichen Arbeiter nur sehr schwer zu bekommen weiß. In dieser Zeit erben sich, daß der erste Arbeiter nur 17 bis 18 Jahre alt ist und die anderen noch jünger sind. Die älteren männlichen Arbeiter suchen sich anderweitig Unterkommen, teils werden sie Maurer oder Zimmermann, arbeiten auf der Bahn oder gehen in die Stadt. Hauptächlich der Mangel an älteren Arbeitern dürfte die Hauptschuld an der Vermehrung der Unfälle sein, welche durch Maschinen herbeigeführt werden.“ Und wer trägt die „Hauptschuld“ an der Flucht in die Städte? Unsere rückständige Geständeordnung, lange Arbeitszeit, Hundelöhne und Mangel jeden Koalitionsrechtes. Davon wollen natürlich die bayerischen Bauern nichts wissen!

Und von den auf dem Lande zurückgebliebenen Arbeitern halten die Berufsgenossenschaftsbeamten auch nicht viel. Der Aufsichtsbeamte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für „Schwaben und Neuburg“ honnert von einem großen „Mißbrauch“, Ausnutzung der Berufsgenossenschaft durch Simulanten, die er in zwei Kategorien einteilt. Die erste Kategorie umfasse diejenigen, welche zwar noch redlich und ehrlich gesinnt, aber infolge falscher Orientierung in der Berufsgenossenschaft eine Organisation erblicken, welche die Landwirtschaft ausfaugt und bedrückt“. Sie machen sich deshalb kein Gewissen daraus, wenn es gilt, diese Berufsgenossenschaft auszunutzen und zu übervorteilen!

Die zweite Kategorie ist schon ganz gesunken. Es sind solche, denen jede Regung des Gewissens erstorben ist, die nur dann vor Betrug, Diebstahl oder irgend einer anderen Art der unerlaubten, ehrlosen Bereicherung zurückschrecken, wenn sie fürchten, dabei erwischt zu werden!

Weiter: „Sache der Geistlichkeit, der berufenen Wächter der Volksmoral, der Volksschullehrer und Tagespresse wäre es, durch stete Aufklärung und Belehrung des Volkes dahin zu wirken, daß im Volke das Gefühl der Schande und Verachtung erwachen würde gegenüber solchen, die gemeinnützige Einrichtungen mißbrauchen.“

Menschen, „denen jede Regung ihres Gewissens erstorben ist“, werden die „berufenen Wächter der Volksmoral“ auch nicht mehr auf den Pfad der Tugend führen können. Und liegt nicht auch in der Kapuzinerpredigt dieses Beamten ein stiller Vorwurf gegen diese „Wächter“, daß solche Zustände einreisen konnten?

**Kontrolle der ausländischen Arbeiter.** Auf Anordnung des Ministeriums des Innern werden durch die deutsche Feldarbeiterzentrale an den russischen Grenzüber-gängen zunächst sechs Grenzämter eingerichtet, welche die Kontrolle der ausländischen Arbeiter beim Eintritt nach Preußen übernehmen sollen. Jeder hat eine Legitimationskarte für 2 Mk. zu lösen. Hierfür veranlassen die Grenzämter die ärztliche Überwachung und vorläufige Unterbringung. Die Grenzämter treten, wie Berliner Blätter melden, am 1. Februar in Tätigkeit.

**Kampf gegen die Trunksucht.** Die Landesversicherungsanstalt Westfalen hat, um weitere Reise über die Nachteile des übermäßigen Alkoholgenusses in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung aufzuklären, 300.000 farbige Karten herstellen lassen als „Warnung vor dem unzeitigen und unmäßigen Genuß geistiger (berauschender) Getränke“. Diese Karten sollen von den Quittungskartenausgabestellen bei Gelegenheit des Kartenumtausches den männlichen Versicherten mit der Quittungskarte ausgehändigt werden.

Auf der Warnungskarte heißt es: „... Bier, Wein, Branntwein einschließlich Liköre, Rum, Kognak, Bittern, Rummel usw. ... enthalten sämtlich mehr oder weniger große Mengen Weingeist (Alkohol oder Spiritus) ... Ihr Nutzen ist gering. Sie sind keine Nahrungsmittel, nur Genuß- (Reiz-)mittel, als solche aber zu teuer ... Wasser löscht den Durst besser und nachhaltiger als Bier oder ein anderes berausches Getränk. Der übermäßige Genuß geistiger Getränke untergräbt die Gesundheit, schädigt Körper und Geist ...“

Derartige Belehrungen allein tun's freilich nicht. In der Hauptsache kommt es darauf an, die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben. Der Alkoholkampf kann nur überwunden werden durch Befestigung des sozialen Glanzes.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Durch Beschluß des Verbandstags in Leipzig ist der Austritt von Mitgliedern anderer deutscher Gewerkschaften, auch der Hirsch-Duncker'schen und christlichen Verbände, zum Deutschen Holzarbeiterverband zugelassen. Solchen übertretenden Mitgliedern werden seit langer Zeit vom Verbandsvorstand (an welchen alle diesbezüglichen Anträge eingereicht werden müssen) die an die andere Organisation geleisteten Beiträge in der Form angerechnet, daß sie ihrem Werte nach in Beiträge unseres Verbandes umgerechnet werden.

Hier von waren seither die Mitglieder der ausländischen Bruderverbände ausgeschlossen, was oft als eine Ungerechtigkeit empfunden werden mußte. Dies hat den Verbandsvorstand veranlaßt, an den internationalen Holzarbeiterkongress in Stuttgart im August v. J. den Antrag zu stellen, innerhalb der Internationalen Union der Holzarbeiter ein Gegenseitigkeitsverhältnis derart einzuführen, daß alle der Union angeschlossenen Verbände verpflichtet sind, im Ausland in Arbeit tretende Mitglieder unentgeltlich und unter Anrechnung ihrer seitherigen Mitgliedschaft aufzunehmen. Dieser Antrag ist von dem Kongress einstimmig angenommen worden und soll am 1. März d. J. für alle Mitglieder der Internationalen Union in Kraft treten.

Aus einer Reihe von Gründen hat der Verbandsvorstand nunmehr beschlossen, die neue Regelung des Austritts ausländischer Mitglieder in den Deutschen Holzarbeiterverband schon jetzt in Kraft treten zu lassen. Es sind hierfür vom Tage dieser Bekanntmachung an die nachfolgenden Anmerkungen zu beachten:

1. Im Adressenverzeichnis des Verbandes sind fortan nur die Namen derjenigen ausländischen Verbände mit aufgenommen, welche der Internationalen Union angehören. Hierdurch ist es den Zahlstellenkassierern ermöglicht, wenn ein ausländisches Mitglied zureist, sich durch Einsicht in das Adressenverzeichnis zu überzeugen, ob die betreffende ausländische Organisation der Internationalen Union der Holzarbeiter angehört.

2. Solange ein Mitglied der Internationalen Union nach Überschreitung der Grenze sich in Deutschland auf der Reise befindet, steht ihm nur die Reiseunterstützung zu. Alle sonstigen Unterstützungen dürfen an solche Mitglieder erst dann gewährt werden, wenn sie in Deutschland in Arbeit getreten sind und daraufhin ihren Austritt zum Deutschen Holzarbeiterverband vollzogen haben. Die Reiseunterstützung darf auch nur dann gewährt werden, wenn das Mitglied nachweislich mindestens 52 Wochenbeiträge entrichtet hat und im Besitz seines Mitgliedsbuchs und einer ordnungsmäßigen Reiselegitimation seines Verbandes ist. Ist dies der Fall, so kann die Reiseunterstützung in der gleichen Höhe und unter denselben Bedingungen ausbezahlt werden wie an die eigenen Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

3. Die erste Reiseunterstützung an ein Mitglied der Internationalen Union ist auf die ausländische Reiselegitimation ausbezahlen, welche das Mitglied mitgebracht hat. Der Betrag der Unterstützung ist für die Strecke von der Reichsgrenze an zu berechnen, mit der Maßgabe, daß die Unterstützungssumme 4 Pf. pro Kilometer resp. 1 Mk. pro Tag nicht übersteigen darf. Ebenso dürfen im Höchstfall nur 3 Mk. ausgezahlt werden.

4. Die Unterstützung, welche ein Mitglied im Ausland in den letzten zwölf Monaten bereits bezogen hat, ist für den





zu fordern. Am 15. Januar wurde der Firma die Forderung unterbreitet, und gleichzeitig die Arbeit eingestellt.

In Gera befinden sich beinahe alle Kollegen in der Hofschlerei Uhlmann im Streik. In dem Betrieb werden hauptsächlich Schulmöbel, aber auch Bauarbeiten und Ladeneinrichtungen gefertigt.

In Hannover haben die Vergolter dank ihrer guten Organisation einen schönen Erfolg erzielt. Bis zum Jahre 1906 bestand hier am Orte keinerlei Verbindung zwischen den wenigen hier arbeitenden Kollegen.

Vergolterverband trotz mehrfacher Versuche, die Kollegen zu organisieren, keinen Erfolg aufzuweisen. Nachdem nun der Vergolterverband zum Holzarbeiterverband übergetreten war, übernahm auch die hiesige Ortsverwaltung sofort die Agitation unter den Kollegen.

Aus der Holzindustrie.

Merkwürdige Geschehnisse. Der Bezirksverband Quedlinburg des Arbeitgeberverbandes veröffentlicht in der 'Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen' vom 12. Januar d. J. einen zwischen dem genannten Verband und dem Holzarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrag.

Faule Mäner eines christlichen Vertrauensmannes. In der 'Münchener Post' lesen wir: Der bei der Firma Klöpfer & Königer (München) im Bretterlager beschäftigte christliche Vertrauensmann Michael Merkl erschien zu Neujahr bei dem Dampf- und Hohlwerkbauarbeiter Wigner in der Westendstraße.

Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 1907.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and sub-rows for Gau Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Dresden, Chemnitz, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkasse.

Im vierten Quartal 1907 betrug die Gesamtzahl der gemeldeten arbeitslosen Mitglieder 27 804, das sind 3632 mehr als im dritten Quartal mit 24 262 Arbeitslosen.

Der Prozentsatz der Arbeitslosen von der Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 18,7 gegen 14,2 im vierten Quartal des Vorjahres und 16,1 im dritten Quartal dieses Jahres.

Eine bedeutende Steigerung hat die Zahl der unterstützten Arbeitslosen erfahren. Während diese im dritten Quartal 5320 und im vierten Quartal des Vorjahres 5791 betrug, ist sie in diesem Quartal auf 10068 gestiegen.

Von den einzelnen Gauen hatte der Gau Berlin die größte Arbeitslosigkeit, und zwar 42,6 Prozent der Mitglieder. Ihm folgen: München mit 20,8, Hamburg 16,7, Stettin 15,0, Danzig 14,9, Hannover 13,5, Frankfurt 12,7, Dresden 12,6, Breslau 11,9, Chemnitz 11,0, Magdeburg 10,7, Düsseldorf 9,1, Nürnberg 7,5, Stuttgart 5,7 und Erfurt 4,8 Prozent.

Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Quartals mit 5,5 Prozent wird überschritten von den Gauen Berlin mit 11,2, Danzig mit 10,1, München mit 5,9 Prozent. Die niedrigste Ziffer weist der Gau Chemnitz mit 2,4 Prozent auf.

Den Höchstfuß der Unterstützten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen hatte der Gau Danzig mit 44,8 Prozent, es folgen dann die Gauen Erfurt mit 43,8, Frankfurt 43,1, Breslau 42,9, Magdeburg 40,8, Stuttgart 40,4, Stettin 39,3 und Berlin mit 37,2 Prozent.

Die durchschnittliche Zahl der unterstützten Tage ist am höchsten im Gau Hamburg mit 15,1, am niedrigsten im Gau Erfurt mit 11,1, der Durchschnittsbetrag der Unterstützung ist am höchsten im Gau Berlin mit 20,73 Mt., am niedrigsten im Gau Erfurt mit 13,04 Mt. Der allgemeine Durchschnitt beträgt 14,2 Tage und 19,54 Mt.

Die Reiseunterstützung ist gegenüber dem dritten Quartal um 9700 Mt. zurückgegangen, übersteigt aber die Ausgaben vom vierten Quartal 1906 um 5700 Mt.

Zum Schlusse fügen wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder an, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommeneren Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsberechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Lokalverwaltung nicht versäumen möge.

Der Verbandsvorstand.

Vereinigte Uhrenfabriken Schramberg. Wie dem 'Schwäb. Merkur' aus Schramberg geschrieben wird, ist der Geschäftsgang in der Uhrenindustrie gegenwärtig derart flau, daß sich die dortigen Uhrenfabriken veranlaßt sahen, ihre Betriebe einzuschränken.

Gewerkschaftliches. Die deutschen Gewerkschaften

haben sich im Jahre 1907 nicht so günstig entwickelt als in den beiden vorhergehenden Jahren, besonders was die Mitgliederzahl anbelangt. Einzelne Angaben darüber liegen allerdings nur wenig vor, doch kann man aus den vorliegenden Zahlen immerhin Schlüsse auf die Entwicklung der Gesamtbewegung ziehen.

Nach dem 'Korrespondenzblatt' dürfte der Jahreszuwachs der Gewerkschaften etwa 150 000 Mitglieder betragen. 'Unserer Hoffnung, im Jahre 1907 die zweite Million an Mitgliedern zu erreichen, wird vielleicht nicht ganz erfüllt sein, aber wir werden wenig dahinter zurückbleiben und das nahe Ziel kann nur ansponnend auf alle Kräfte wirken.

Große Fortschritte hat dagegen der innere Ausbau der Gewerkschaften gemacht. Drei kleinere Verbände haben sich größeren Berufsorganisationen angeschlossen, vor allem aber ist das Unterstützungsweesen der Gewerkschaften weiter ausgebaut und die Finanzkraft derselben gestärkt worden.

Der Fleischerverband erhebt ab 1. Januar einen Verbandsbeitrag von 50 resp. 25 Pf. gegenüber dem bisherigen Beitrag von 35 resp. 15 Pf.

Der Malerverband hat im Jahre 1907 102 Lohntarife abgeschlossen, die sich über 221 Orte mit 3645 Betrieben und 18 439 Beschäftigten erstrecken.

Technisches.

Vom 'Fachblatt für Holzarbeiter', der vom Deutschen Holzarbeiterverband herausgegebenen Kunstgewerbe- und Fachzeitschrift ist das Januarheft erschienen. Es ist in erster Linie Max Heidrich, dem jungen Raumkünstler, gewidmet.

Das 'Fachblatt für Holzarbeiter' erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mark pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren.

Von dem kompletten Jahrgang 1907 können noch mehrere Exemplare vom Verlag bezogen werden, und zwar zum Preise von 4 Mark für den ungebundenen, 5 Mark für den gebundenen.

